Interpellation zur Liechtensteinischen Landesbank AG

Gestützt auf Art. 45 der Geschäftsordnung vom 19. Dezember 2012 für den liechtensteinischen Landtag reichen die unterzeichneten Abgeordneten eine Interpellation ein und laden die Regierung ein, nachfolgende Fragen zur Landesbank zu beantworten:

Fragen:

1. Wie hoch waren per Ende 2013 die Einlagen bei der liechtensteinischen Landesbank, für welche das Land Liechtenstein mit der Staatsgarantie haftet? Auf welchen Betrag beliefen sich die Sparguthaben und die Kassenobligationen per Ende 2012 und per Ende 2013?
2. In den Jahren 2010-2012 hat das Land Liechtenstein durchschnittlich ca. Fr. 400'000 als Abgeltung für die ca. CHF 3 Milliarden hohe Staatsgarantie der LLB erhalten. Neu soll die LLB für die Abgeltung ca. Fr. 1.5 Millionen zahlen. Was war für die Regierung der Anlass für die Anhebung der Abgeltung für die Staatsgarantie? Wie wird die Anhebung der Abgeltung für die Staatsgarantie begründet? Wie lautete die bisherige Formel für die Berechnung der Abgeltung für die Staatsgarantie und wie sieht die neue Formel aus?
3. Wie hoch würde die Abgeltung der Staatsgarantie ausfallen, wenn – ungeachtet möglicher Unterschiede bezüglich Höhe der Staatsgarantie - die Regimes der Kantone Graubünden, Luzern oder Thurgau für die Berechnung der Höhe der Abgeltung angewendet würde?
4. Angenommen die liechtensteinische Landesbank würde Konkurs gehen, mit welchem Betrag würde jeder einzelne Einwohner Liechtensteins haften, zumal die Staatreserven im Moment bei weitem nicht einmal die Hälfte der vollen Garantieleistung decken würden? Wie würde ein Szenario höchstwahrscheinlich aussehen?
5. Sieht die Regierung keinen Widerspruch zwischen der von der LLB verfolgten Expansionsstrategie und der Staatsgarantie? Sind die Auslandsrisiken ebenfalls mit der Staatsgarantie abgesichert?
6. Sieht die Regierung keinen Widerspruch zwischen der vom Land verfolgten Weissgeldstrategie und der Expansion der Landesbank in Zentral- und Osteuropa sowie dem Nahen und Mittleren Osten? Wie schätzt die Regierung die damit verbundenen Risiken ein?
7. Mit dem Urteil des EWR-Gerichtshofes aus dem Jahre 2005 wurde die Staatsgarantie auf maximal 15 Jahre beschränkt und müsste somit spätestens im Jahre 2020

aufgegeben werden. Wäre es nach Meinung der Regierung angesichts der Erfahrungen der vergangenen Jahre, der inhärenten Risiken des Bankgeschäftes und der Auslandsrisiken nicht angebracht, bereits früher von der Staatsgarantie Abstand zu nehmen?

8. Hat die Regierung die Absicht, an der Staatsgarantie für die LLB über das Jahr 2020 hinaus festzuhalten?
9. Welche Banken sind in Liechtenstein als systemrelevant zu betrachten? Auf welchen Annahmen und Überlegungen basiert die Antwort?
10. Welche Vorkehrungen wurden bisher getroffen, dass bei einer drohenden Insolvenz einer systemrelevanten Bank, zu denen vermutlich die liechtensteinische Landesbank, die LGT und VPB gezählt werden, das Funktionieren der liechtensteinischen Volkswirtschaft nicht gefährdet wird?
11. Bis wann gedenkt die Regierung Vorkehrungen bezüglich der „Too big to fail“ – Problematik zu treffen und einen entsprechenden Plan zur Abwicklung von in die Insolvenz geratenen Banken auszuarbeiten?

Begründung:

Die Liechtensteinische Landesbank (nachfolgend kurz: LLB) hat in Liechtenstein die Stellung einer Kantonalbank. Die LLB ist die Hausbank vieler Liechtensteiner und liechtensteinischer Unternehmen. Kantonalbanken wurden ursprünglich gegründet, um die heimische Wirtschaft mit Geld zu versorgen und insbesondere den Bedürfnissen der Bevölkerung nachzukommen. Für diesen Leistungsauftrag standen die Kantone mit einer Staatsgarantie ein. In Liechtenstein sind die Verhältnisse analog, d.h. die Staatsgarantie ist normalerweise unzertrennbar verknüpft mit dem Leistungsauftrag und gleichzeitig eines der bedeutenden Unterscheidungsmerkmale zu den übrigen Privatbanken, die auf keine Staatsgarantie zählen können. Auch ist hervorzuheben, dass die Staatsgarantie für heimische Kreditvergaben gelten sollte und nicht für Risiken, die im Ausland eingegangen werden.

Üblicherweise bezahlen die mit Staatsgarantie operierenden Banken eine Abgeltung für die Staatsgarantie. Eine Abgeltung für die Staatsgarantie gebietet sich bereits aus dem Grund, dass Banken mit Staatsgarantie gegenüber anderen Privatbanken einen Wettbewerbsvorteil haben.

Die LLB hat sehr lange Zeit überhaupt keine Abgeltung für die Staatsgarantie gezahlt. Dies war nicht weiter nachteilig, da die Landesbank zu 100% im Besitze des Landes Liechtenstein war.

Mit der Umwandlung der liechtensteinischen Landesbank in eine Privatbank und dem zwischenzeitlich erfolgten Verkauf eines Teils der Aktien hat sich die Sachlage jedoch geändert.

Der Beitritt zum EWR veränderte sich die Situation auch insofern, als unter dem EU-Recht die Gewährung einer Staatsgarantie als eine unzulässige staatliche Beihilfe betrachtet wird.

Im Jahr 2005 gab es eine Entscheidung der EFTA Überwachungsbehörde (Entscheidung 48084 vom 15.7.2005), in der Liechtenstein dazu verpflichtet wurde, die Staatsgarantie einzuschränken und dafür ein Entgelt zu verlangen. Die jährliche Abgeltung für die Staatsgarantie berechnet sich dabei aufgrund vom EWR-Recht vorgegebener Kriterien sowie der Höhe der tatsächlich gedeckten Spareinlagen und Kassenobligationen. Für die Jahre 2010-2013 betrug die Abgeltung für die Staatsgarantie im Durchschnitt ca. Fr. 400'000. Per 2013 soll sich dieser Betrag dann auf ca. Fr. 1.5 Millionen erhöhen. Auf welchen Annahmen und neuen Berechnungen diese Erhöhung beruht, ist den Interpellanten nicht bekannt.

Für die Berechnung der Höhe der Abgeltung für die Staatsgarantie gibt es keine allgemein anwendbaren Formeln. Grundsätzlich kann die Abgeltung für die Staatsgarantie substanzbezogen, erfolgsbezogen oder aus einer Mischung der vorgenannten Methoden erfolgen. Eine weitere Art ist die kostenvorteilsbezogene Abgeltung, die vom Kanton Glarus angewendet wird. Auch wenn die Abgeltungsregimes in der Schweiz sehr unterschiedlich sind, kann ein Vergleich mit einigen schweizerischen Kantonen aufschlussreich sein, auch

wenn die Garantien unterschiedlich weit gehen. Zur Erreichung einer Vergleichbarkeit kann deshalb eine Gewichtung der Bilanzpositionen vorgenommen werden.

Im Kanton Aargau ist im Gesetz über die Aargauische Kantonalbank unter § 5 Absatz 2 geregelt, dass die Abgeltung für die Staatsgarantie 1 % der gemäss den banken- und börsengesetzlichen Bestimmungen erforderlichen Eigenmittel beträgt, was für 2012 bei einer Bilanzsumme von CHF 21,5 Mia. eine Abgabe von CHF 8,6 Millionen ergab.¹

Die Luzerner Kantonalbank hingegen muss für die Abgeltung der Staatsgarantie 0.2% des gesetzlichen Eigenmittelbedarfs zuzüglich 2.0 % des Zwischenergebnisses gemäss der eidgenössischen Bankenverordnung abliefern. Im Jahr 2012 bezahlte die LUKB CHF 6.279 Mio. als Abgeltung für die Staatsgarantie bei einer Bilanzsumme von CHF 28.071 Mia. Keine Haftung des Kantons Luzern besteht für Obligationen von Drittschuldnern, Aktien, Anlagenfonds, Derivate, strukturierte Produkte usw. Somit dürfte die Staatsgarantie mit der liechtensteinischen Staatsgarantie vergleichbar sein. Im Vergleich dazu: Die LLB hatte im Jahr 2012 eine Bilanzsumme von CHF 15.335 Mia.

Die Thurgauer Kantonalbank zahlte im 2012 für die Abgeltung der Staatsgarantie CHF 3.369 Mio. Dies bei einer Bilanzsumme von CHF 17.723 Mia. Bei der Thurgauer Kantonalbank beträgt die Entschädigung für die Staatsgarantie 0,5 Prozent der nach dem Bankengesetz erforderlichen Eigenmittel (§8, Abs. 1 & 2 des Gesetzes über die Aktiengesellschaft Thurgauer Kantonalbank).

Gemäss Eignerstrategie erwartet die Regierung, dass die LLB in der Lage ist, die Risiken zu meistern, die sich einer Universalbank stellen. Die Regierung glaubt, dass ein Ereignis in dieser Grössenordnung (gemeint ist ein Konkurs der LLB) sehr unwahrscheinlich sei. Die jüngste Vergangenheit lehrt jedoch, dass dies nicht der Fall ist. Durch die Annahme von Geldern von US-Kunden hat die Landesbank sich selbst und auch das Land Liechtenstein in eine äusserst gefährliche Situation gebracht. Dies dürfte dem Grossteil der Bevölkerung gar nie richtig bewusst geworden sein. Hätten die Amerikaner anders reagiert, dann wäre mit der liechtensteinischen Landesbank genau dasselbe passiert wie mit der ältesten Privatbank der Schweiz, der Bank Wegelin. Im Unterschied zur Bank Wegelin hätte dies jedoch weit gravierendere Folgen gehabt, denn die LLB ist für das Land Liechtenstein systemrelevant, und deren Einlagen sind mit einer Staatsgarantie hinterlegt.

Mit welchen Folgen man bei einem Zusammenbruch der liechtensteinischen Landesbank zu rechnen hätte, lässt sich am Beispiel Islands und Zyperns sehen. Angesichts dieser Umstände muss die Politik sich der Frage stellen, ob die Staatsgarantie unter Berücksichtigung der von der LLB aktuell verfolgten Expansionsstrategie ausserhalb des angestammten Gebiets noch zeitgemäss und haltbar ist.

Gemäss Eignerstrategie unterstützt die Regierung die Wachstumsstrategie des Verwaltungsrates, die u.a. den Aufbau neuer Märkte beinhaltet. Diese Expansionsstrategie

äusserte sich beispielsweise in der Eröffnung einer Bankfiliale in Wien. Der Fokus liegt ausserdem auf den Märkten in Zentral- und Osteuropa und dem Nahen und Mittleren Osten. Russland wurde ebenfalls als Zielmarkt definiert. Hier werden also Risiken eingegangen, die im Ausland angesiedelt sind, für die jedoch jeder einzelne Liechtensteiner geradezustehen hat. Damit wird die ursprüngliche Idee der Staatsgarantie pervertiert.

Gemäss Eignerstrategie kommt der LLB bei der Verfolgung der Finanzplatzstrategie des Landes, und damit wird insbesondere auch die Weissgeldstrategie zu verstehen sein, eine besondere Stellung zu. Das erwähnte Ziel und die von der LLB verfolgte Expansionsstrategie in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie im Nahen und mittleren Osten scheinen diesem Ziel zuwider zulaufen.

Auch wenn gegen den Strom zu schwimmen nicht unbedingt falsch sein muss, darf an dieser Stelle doch angemerkt werden, dass sich angesichts des Strukturwandels in der Finanzbranche kleine und grössere Schweizerbanken aus dem grenzüberschreitenden Vermögensverwaltungsgeschäft zurückziehen (z.B. St. Galler KB) oder die Banktätigkeiten wegen der rechtlichen Herausforderungen auf eine kleine Anzahl von Ländern beschränken (z.B. Crédit Suisse oder die Bank Vontobel, die ihre Private-Banking-Niederlassungen in Österreich, Mailand und Dubai geschlossen hat).

Gegen die Abschaffung der Staatsgarantie könnte eingewendet werden, dass die liechtensteinische Landesbank „systemrelevant“ ist, d.h. eine systemrelevante Bank geniesst auch ohne gesetzliche Verankerung eine faktische Staatsgarantie. Eine solche faktische Staatsgarantie würde aufgrund der Verankerung der Bank im Wirtschaftsraum Liechtenstein auch dann zum Tragen kommen, wenn die bisher gesetzlich verankerte Staatsgarantie gestrichen würde. Sollte man dieser Argumentationsschiene folgen, dann müsste der „Too big to fail“ – Problematik folgend eine systemrelevante Bank höhere Eigenmittel aufbauen, strengere Liquiditätsvorschriften erfüllen und ihre Risiken besser verteilen (s. Schweizerisches Bankengesetz). Zudem muss sich eine systemrelevante Bank so organisieren, dass sie bei einer drohenden Insolvenz das Funktionieren der Volkswirtschaft nicht gefährdet.

Vaduz, den 27. Februar 2014